

Antrag

der Abgeordneten Frank Sitta, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Nicola Beer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Britta Katharina Dassler, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Dr. Gero Clemens Hocker, Manuel Höferlin, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Thomas L. Kemmerich, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Dr. Lukas Köhler, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Dr. Jürgen Martens, Alexander Müller, Roman Müller-Böhm, Dr. Martin Neumann, Bernd Reuther, Dr. Stefan Ruppert, Frank Schäffler, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Judith Skudelny, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Katja Suding, Michael Theurer, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Johannes Vogel (Olpe), Sandra Weeser, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Lückenschluss im Mobilfunk durch Einsatz öffentlicher Infrastruktur beschleunigen – BOS-Netz nutzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland braucht eine bessere Netzabdeckung beim Mobilfunk. Das spüren vor allem die Menschen und Unternehmen jenseits der Großstädte im ländlichen Raum. Funklöcher und abreißende Datenverbindung – sogenannte weiße und graue Flecken – sind dort oftmals Alltag. Doch der ländliche Raum darf bei der gigabitfähigen Netzinfrastruktur gegenüber den urbanen Gebieten nicht ins Hintertreffen geraten. Dort müssen die Menschen ebenso wie Unternehmen, Behörden und Schulen vom digitalen Wandel profitieren können. Dafür muss der flächendeckende Mobilfunkausbau – das beinhaltet natürlich auch den damit verbundenen Ausbau von Glasfasernetzen zum Anschluss von Mobilfunkmasten – endlich konsequent und schnellstmöglich angegangen werden. Schnelles Internet muss überall verfügbar sein können. Das schont nicht nur die Nerven der Menschen, weil ihre Verbindung seltener abreißt. Eine flächendeckende Netzversorgung ist zudem Voraussetzung für viele Zukunftstechnologien und damit entscheidend für die Zukunftsfähigkeit des ganzen Landes.

Ein Grund für die mangelhafte Mobilfunkabdeckung sind auf Erlösmaximierung ausgelegte Frequenzversteigerungen. Dadurch werden den Mobilfunkanbietern Mittel

entnommen, die später beim Aufbau einer flächendeckenden Infrastruktur fehlen. Daher muss von der Neuvergabe der Frequenznutzungsrechte in den Bereichen 700 MHz, 800 MHz, 900 MHz, 1,5 GHz, 1,8 GHz und 2,6 GHz, die in den Jahren 2025 und 2033 wieder zur Verfügung stehen, im Versteigerungsverfahren abgesehen werden. Um für Planungssicherheit zu sorgen, sollen diese Frequenzen vorzeitig gegen strenge Wettbewerbs- und Flächenauflagen verlängert werden.

Außerdem wird vorhandene öffentliche Infrastruktur ineffizient genutzt. Mit dem Digitalfunk BOS nutzen alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben ein bundesweit einheitliches, flächendeckendes Netz. Um das Mobilfunknetz in Deutschland zu verbessern, sollte diese schon vorhandene Infrastruktur auch für den Mobilfunk genutzt werden können, um die Ausbaurkosten zu senken. Selbiges gilt für öffentliche Gebäude. Diese sollten einfacher und schneller als Standorte für Mobilfunkmasten genehmigt werden können.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- bestehende Standorte des BOS-Digitalfunks zur Mitnutzung für Antennen privater Mobilfunkbetreiber gegen eine angemessene Nutzungsgebühr anzubieten,
- andere öffentliche Liegenschaften zur Mitnutzung für Antennen privater Mobilfunkbetreiber gegen eine angemessene Nutzungsgebühr anzubieten,
- eine georeferenzierte Übersicht von Standortkoordinaten der Masten und Liegenschaften mit Angaben zur Höhe, Statik und Traglast der Masten unter Berücksichtigung etwaiger Sicherheitsbedenken zu erstellen sowie
- in die geplante Gesamtstrategie für die digitale Infrastruktur die Verlängerung der Frequenznutzungsrechte, die in den Jahren 2025 und 2033 auslaufen, aufzunehmen, um die flächendeckende Mobilfunkversorgung sicherzustellen. Die vorzeitige Verlängerung soll mit strengen Flächen- und Wettbewerbsauflagen erfolgen.

Berlin, den 19. Februar 2019

Christian Lindner und Fraktion